

POLITIK

NSU

Deutschland entschuldigt sich für NSU-Morde vor dem UN-Menschenrechtsrat

Zaman, 26.04.2013, Titelseite

Deutschland hat vor dem Menschenrechtsrat der UN zugegeben, während der Untersuchung der NSU-Morde Fehler gemacht zu haben und entschuldigte sich dafür. Auf der in Genf stattfindenden Konferenz wurde Deutschland durch Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Markus Löning vertreten. Die Mitglieder des Menschenrechtsrates stellten Löning eine große Vielzahl an Fragen. Von der Türkei hingegen wurde verlangt, dass sie ihre Maßnahmen gegen radikale Gruppen erhöhen muss.

Mit Blick auf die Menschenrechtsverstöße in Deutschland, erklärte der Regierungsbeauftragte für Menschenrechte Löning: „Zweifelsohne sind diese Morde, die in den vergangenen Jahren in begangen wurden, die schwerwiegenden Verstöße gegen Menschenrechte in Deutschland.“ Im Bericht aus Deutschland, der der UN in Genf vorgestellt wurde, sind auch Fehler der Sicherheitsinstitutionen aufgelistet worden, die dazu führten, dass die Mitglieder des nationalsozialistischen Untergrundes nicht gefasst worden sind. Löning erklärte, dass sowohl die Bundesregierung, das Parlament und das Innen- sowie Justizministerium die Aufklärung der Morde sehr ernst nimmt. Nachdem Löning den Bericht zur Lage der Menschenrechte aus Deutschland vorgestellt hatte, musste er sich den Fragen von Vertretern aus rund 100 Ländern stellen.

Löning, der darauf hinwies, dass sich sowohl der Bundespräsident Joachim Gauck als auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel bei den Hinterbliebenen der getöteten Opfer entschuldigt haben, brachte vor der Kommission abermals die Entschuldigung zum Ausdruck.

Oğuz Demiralp, der die Türkei vertrat erklärte, dass sich die rund 3 Mio. Türken in Deutschland aufgrund der NSU-Morde und der Ausländerfeindlichkeit in Deutschland unsicher fühlten. Neben der Türkei ermahnten auch weitere Länder Deutschland mit Blick auf die dortige Ausländerfeindlichkeit.

Mehr Anfragen von Journalisten als erwartet bei der Akkreditierung vor dem NSU-Prozessbeginn

Zaman, 25.04.2013, S. 4

Der auf den 6. Mai verlegte Beginn im NSU-Prozess hat nach bisherigen Angaben das Interesse von deutlich mehr Medienvertretern hervorgerufen als erwartet.

Das Oberlandesgericht in München hatte zuvor für den am 17. April geplanten Prozessbeginn nicht genügend Plätze für türkische Medienvertreter vorgesehen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach das OLG Plätze für Vertreter türkischer Medien vorsehen muss, wurde das erste Akkreditierungsverfahren verworfen. Im zweiten Akkreditierungsverfahren zeigt sich nun allerdings, dass das Interesse der Medienvertreter an einem Platz im Gerichtssaal deutlich gestiegen ist.

Das erste Akkreditierungsverfahren des Gerichts und die fehlenden Plätze für türkische Medien hatten scharfe Kritik nach sich gezogen. Nach dem neuen Akkreditierungsverfahren sind vier Sitze für türkische Pressevertreter vorgesehen. Zudem sind die Medienorganisationen in drei Kategorien aufgeteilt worden.

Welche Medien allerdings einen Platz erhalten haben, wird erst nach dem Losverfahren, das von einem Notar vorgenommen wird, entschieden werden.

„Schmarotzer“-Dokument

Hürriyet, 24.04.2013, S. 11

Die Hamburger Polizei hat nach der Ermordung von Süleyman Taşköprü durch die NSU in ihrem Protokoll den Begriff „Schmarotzer“ für den Toten verwendet. Im Analyse-Dossier des Hamburger LKA wurde Süleyman Taşköprü nach seiner Ermordung als „Schmarotzer“ charakterisiert. Christiane Schneider, Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft der Partei die Linke, veranlasste daraufhin die Aufnahme des Protokollinhaltes der Polizei auf die Tagesordnung des Innenausschusses in der Hamburgischen Bürgerschaft („NSU-Terror und Behördenversagen: Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Aufklärung“ am 25.04.2013, Anm. M. K.).

Schneider erklärte für die für morgen geplante Sitzung, dass sie nachfragen wird, ob es für den polizeilichen Jargon dazugehört, die Mordopfer als „Schmarotzer“ zu bezeichnen.

Süleyman Taşköprü wird auf der sechsten Seite des Berichts des LKAs in dieser Form benannt.

Ein Mitarbeiter des LKAs erklärte den Begriff als „unglücklich gewählt“.

(Die Hürriyet hat für diesen Artikel Teile aus einem Anhörungsdokument des NSU-Ausschusses abgedruckt, worin steht, dass das Mordopfer als „Parasit“ bezeichnet worden ist, Anm. M. K.)

CDU verliert Stimmen wegen Nein zur Frauenquote

Zaman, 23.04.2013, S. 4

Die CDU verliert Wählerstimmen aufgrund ihrer Haltung zur gesetzlichen Frauenquote in Aufsichtsräten großer Unternehmen in Deutschland.

CDU-Politikerinnen wie die Bundesarbeitsministerin und die Integrationsbeauftragte des Bundes Maria Böhmer gehören zur Gruppe der Quotenbefürworterinnen. Aufgrund der Haltung der CDU büßt die Partei seit längerer Zeit nun erstmals wieder Stimmen ein. Laut dem Umfrageergebnis von Emnid fiel die CDU diese Woche um zwei Prozentpunkte auf 39% zurück.

Wegen ihres Vorgehens sah sich die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen mit der internen Kritik aus ihrer Partei konfrontiert. Die CDU-Politikerin Erika Steinbach warf von der Leyen vor, hinterrücks gegen ihre Partei gehandelt zu haben und forderte ihren Rücktritt: „Wer eigene Geschäfte im Namen der Partei macht, muss mit einem Vertrauensverlust rechnen.“

Der Regierungssprecher Stefan Seibert erklärte hingegen, dass von Leyen das absolute Vertrauen der Bundeskanzlerin genießt.

Die Gesetzesvorlage der Opposition sieht nunmehr vor, dass in zwei Stufen bis zum Januar 2023 eine Mindestquote für Frauen von 40% eingeführt werden soll. Die CDU Führung einigte sich auf die Einführung der Quote von 30% und die Aufnahme in das Wahlprogramm ihrer Partei ab dem Jahr 2020.

Von insgesamt 598 Abgeordneten stimmten 320 mit nein und 277 mit ja mit einer Enthaltung.

BILDUNGSPOLITIK/SCHULPOLITIK UND RELIGIÖSE FEIERTAGE

Lehrkräfte unzufrieden über die Chancenungleichheit an Schulen in Deutschland

Zaman, 25.04.2013

Die ungerechte Chancenverteilung für Schülerinnen und Schüler in Deutschland spiegelt sich vor allem aufgrund der sozialen Herkunft wieder.

Laut einer Untersuchung der Vodafone-Stiftung sind 54% der befragten Lehrkräfte der Ansicht, dass sich in den letzten 5-10 Jahren das Unterrichten erheblich erschwert hat. 96% der Lehrkräfte gaben an, dass sich die soziale Herkunft in der Qualität des Unterrichts widerspiegelt.

74% der Lehrer gaben an, dass sie durch individuelle Leistungen und Ideen dafür sorgen müssen, den Bildungsstand in den Klassen entsprechend anzugleichen.

Die Allensbach-Studie „Hindernis Herkunft“ wurde im Auftrag der Vodafone-Stiftung durchgeführt.

Elternhaus bestimmt die Unterrichtsqualität

Laut Studie gaben 96% der Lehrkräfte an, dass sich der soziale Status der Eltern in der Qualität des Unterrichts widerspiegelt.

Dort, wo die Unterschiede in der sozialen Herkunft groß sind in den Klassen, würden auch sehr unterschiedliche Leistungserfolge erzielt. Das gaben 54% an.

Die soziale Herkunft schlägt sich auch in der Freiwilligkeit am Schulbesuch nieder. 42% der Kinder aus sozial besser gestellten Familien gehen freiwillig und gern in die Schule. Bei Kindern aus sozial schwächeren Familien sind das lediglich 25%. Die Defizite in den Elternhäusern sind der Hauptgrund für die Chancenungleichheit der Schüler.

84% der Lehrkräfte und 79% der befragten Familien gaben dazu als Grund an, dass sich die betroffenen Eltern nur wenig mit den eigenen Kindern beschäftigen. Überdies ist die Mehrheit der Lehrkräfte und Eltern überzeugt, dass Eltern in sozial schwächeren Familien kein Interesse am Schulalltag ihrer Kinder zeigen. Das wird auf die geringe Kommunikation über die Schule in der Familie zurückgeführt.

Die Mehrheit der befragten Lehrkräfte und Eltern sprach sich dafür aus, dass für leistungsschwächere Kinder Hausaufgabenkurse in den Schulen angeboten werden.

Sowohl Eltern als auch Lehrkräfte wünschten sich kleinere Klassen und kritisierten stetig größer werdende Klassen.

(Siehe dazu auch http://www.vodafone-stiftung.de/pages/presse/pressemitteilungen/subpages/ehrer_sehen_grosze_chancenungleichheit_an_deutsche_n_schulen/index.html, Anm. M. K.)

Erste Reformschritte nach Plagiatsfällen kommen aus Baden-Württemberg

Zaman, 23.04.2013

Nach den in Deutschland vermehrt aufgedeckten Fällen von Plagiaten werden gegenwärtig wichtige Reformen auf den Weg gebracht. Im Jahr 2011 musste der ehemalige Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg aufgrund der fehlenden Quellenbenennungen in Teilen seiner Dissertation sein Amt aufgeben. Auch die ehemalige Bundesbildungsministerin musste ihr Amt deshalb aufgeben. Sie verlor sowohl ihren Posten als Bildungsministerin als auch ihren Dokortitel.

Nach den Plagiatsfällen ist das Bundesland Baden-Württemberg nun das erste Bundesland, das konkrete Reformen mit Blick auf die Durchführung, Betreuung und Antragstellung von Dissertationen vorbereitet.

Die baden-württembergische Forschungsministerin Theresia Bauer (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt dazu: „Wir können nicht weiterhin untätig bleiben, was die Skandale der Plagiate und den dadurch an der Wissenschaft verursachten Schaden betrifft. Aus diesem Grund haben wir angefangen, an Reformen der Rahmenbedingungen hinsichtlich des Antrags und der Betreuung von Dissertationsprojekten zu arbeiten.“

Bauer erklärt, dass Professoren aufgrund der Zahl der zu betreuenden Doktoranden vom Staat zusätzlich finanzielle Unterstützung erhielten. Das, so Bauer, soll geändert werden: „Professoren betreuen deshalb mehr Doktoranden als sie eigentlich können. Aus diesem Grund können sie sich zeitlich nicht genügend mit ihren Promovenden beschäftigen und sie entsprechend betreuen. In Zukunft sollen deshalb nicht aufgrund der zu betreuenden Anzahl von Promovenden finanzielle Unterstützungen geleistet werden.“

Außerdem soll in Zukunft nicht der einzelne Betreuer den Promovenden bestimmen. Ziel ist, eine Kommission aus mehreren Professoren zu bilden, die dann in einem gemeinsamen Beschluss die zukünftigen Doktoranden auswählen.

Schulferien werden auf muslimische Feiertage abgestimmt

Sabah, 16.04.2013, S. 16

Der Türkische Elternverein in Bremen forderte für die muslimischen schulpflichtigen Kinder den späteren Schulbeginn nach den großen Ferien. Grund hierfür ist das Ende des Ramadan, der zugleich ein religiöser Feiertag ist. Dieser fällt in diesem Jahr mit dem ersten Schultag nach den Sommerferien in Bremen zusammen.

Der Forderung des Türkischen Elternvereins wurde im Bildungsministerium in Bremen nachgekommen. Somit wird für muslimische Kinder nicht der 8. August der erste Schultag nach den Ferien sein, sondern der 12. August aufgrund der Feiertage nach dem Ende des Ramadan.

Reyhan Savran, der Vorsitzende des Türkischen Elternvereins in Bremen erklärte: „Im Schuljahr 2013/2014 fällt erstmals das Ende des Ramadans mit dem Schulbeginn zusammen. Aus diesem Grund forderten wir einen späteren Beginn zum 12. August. Wir sind überzeugt, dass sehr viele Familien aufgrund der Feiertage ihren Urlaub sicherlich verlängern möchten. Die betroffenen Familien müssten aber, solange es keine Feiertagsregelung für muslimische Schülerinnen und Schüler gibt, Bußgelder bezahlen, wenn sie ihre Kinder zu Hause ließen. Aufgrund dessen haben wir das Gespräch mit dem Bremer Bildungsministerium gesucht.“

Savran erklärt weiter: „Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft Eva Quante und die Abteilungsleiterin im Bremer Bildungssenat Cornelia von Ilseman haben folgende Lösung vorgeschlagen: die muslimischen Eltern sollen an das Rektorat der jeweiligen Schule einen schriftlichen Antrag formulieren. Aufgrund dieses Antrags wird der Feiertagsregelung nach dem offiziellen Beginn nach den Schulferien stattgegeben. Der Antrag muss vor Beginn der Ferien abgegeben werden. Damit können die Eltern die Feiertage gemeinsam mit ihren Kindern begehen.“

Nach Bekanntwerden dieser neuen Bestimmung wurde, wird nun im Bundesland Niedersachsen über eine ähnliche Regelung nachgedacht.

INTEGRATION

DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT

Beckstein: Doppelte Staatsbürgerschaft verhindert Integration

Zaman, 26.04.2013. S. 4

Günther Beckstein (CSU), der in Bayern das Amt des Innenministers hatte, erklärte in einem

Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung, dass er die Auseisung des damals 14-jährigen Muhlis Arı in die Türkei nie bereut habe. Beckstein erklärte, dass ihnen damals die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit bewusst gewesen sei und sie kriminellen Jugendlichen eine Lektion erteilen wollten. Beckstein wiederholte im Gespräch seine ablehnende Haltung der doppelten Staatsbürgerschaft gegenüber. Während er kein Problem im Doppelpass für EU-Bürger sieht, würde die doppelte Staatsbürgerschaft die Integration türkischer Staatsangehöriger verhindern.

AUTORIN NEWSLETTER: DR. MELTEM KULAÇATAN

DEN NEWSLETTER ZUR MEDIENBERICHTERSTATTUNG IN TÜRKISCHEN ZEITUNGEN FINDEN SIE AUCH IN UNSEREM ARCHIV AUF WWW.ISLAMEDIA.DE UNTER DER RUBRIK NEWSLETTER.

IMPRESSUM:
FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG
ERLANGER ZENTRUM FÜR ISLAM UND RECHT IN EUROPA
LEHRSTUHL FÜR BÜRGERLICHES RECHT – PROF. DR. MATHIAS ROHE
SCHILLERSTR. 1, 91054 ERLANGEN

WWW.ISLAMEDIA.DE

DER NEWSLETTER ERSCHEINT IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN UND ERHEBT KEINEN ANSPRUCH AUF VOLLSTÄNDIGKEIT. ANGEFÜHRTE LINKS BZW. ARTIKEL GEBEN NICHT DIE MEINUNG DER HERAUSGEBER WIEDER.

UM DEN NEWSLETTER ZU BESTELLEN ODER ABZUBESTELLEN, BITTE UM ANTWORT MIT „BESTELLEN“ BZW. „ABBESTELLEN“ IM BETREFF.